



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Rat der Gemeinde Burbach

SPD Fraktion im Rat der Gemeinde Burbach, Graf-Luckner-Str. 17, 57299

Herrn Bürgermeister
Christoph Ewers
Eicher Weg 13

57299 Burbach

Nicole Schoeppner
Fraktionsvorsitzende
Fraktion im Rat der Gemeinde
Burbach

Fon: 0171-6421636
n.schoeppner@spd-burbach.de

17.11.2018

**Resolution zur Abschaffung des § 8 KAG-NRW
Wir fordern die Entlastung unserer Bürgerinnen und Bürger
Antrag gemäß § 3 GO zur Ratssitzung am 11.12.2018**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ewers,

die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Burbach beantragt, der Rat möge in seiner Sitzung am 11.12.2018 ein deutliches Signal in Richtung Landesregierung schicken und sich mit beigefügter Resolution klar für die finanzielle Neuregelung der Straßenausbaubeiträge gemäß § 8 KAG-NRW positionieren. Nach Ansicht der SPD-Fraktion Burbach ist es ein Muss, dass wir uns für die Entlastung unserer Bürger und Bürgerinnen vor Ort einsetzen!

Resolution:

Der Gemeinderat der Gemeinde Burbach fordert eine schnellstmögliche finanzielle Neuregelung des § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) NRW mit dem Ziel die Bürgerinnen und Bürger vor Ort komplett zu entlasten. Eine mögliche Finanzierung könnte eine gesonderte, zweckgebundene Schlüsselzuweisung aus Landesmitteln sein, die den Flächenansatz berücksichtigt und den bisherigen Anteil der Anlieger abdeckt. Hierzu muss im Landeshaushalt über mögliche Etatverschiebungen gesprochen werden, auch die deutlichen Steuermehreinnahmen, 500 Millionen (!) in 2018 und 400 Millionen (!) Euro in 2019 geben der Landesregierung genügend Spielräume, welche für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort eingesetzt werden können, **ohne** dabei andere Themen hinten anstellen zu müssen.

Die finanzielle Belastung des einzelnen Anliegers für die Sanierung der öffentlichen Straßeninfrastruktur ist oftmals existenzgefährdend. Die betroffenen Menschen können die geforderten Beiträge, auch als Ratenzahlung mit 5-prozentiger Verzinsung (!), oft nicht leisten. Hier sei nicht nur ein besonderes Augenmerk auf

junge Familien und Rentner zu richten sondern auch an alle anderen „Normalverdiener“. Viele Menschen erwerben ein Eigenheim, auch im Hinblick auf die Altersvorsorge, hier ist daher nicht von einem Luxusgut zu sprechen, sondern von einer soliden Geldanlage, die plötzlich, meist im Alter zur finanziellen Falle wird.

Die Politik beklagt allgemein in Deutschland die geringe Quote der Eigenheimbesitzer bzw. Eigentümer. Andererseits werden bei uns eben jene Eigentümer für die Unterhaltung der öffentlichen Infrastruktur sehr stark und mit steigender Tendenz belastet und in Anspruch genommen. Gerade bei uns im ländlichen Raum, wirken sich die Kosten der Sanierung, die Struktur und die eingetretene Preisentwicklung besonders drastisch aus. Hier besteht daher dringend Handlungsbedarf.

Mit freundlichen Grüßen

Nicole Schoeppner

Nicole Schoeppner
Fraktionsvorsitzende



Thomas Heuschkel
Fraktionsgeschäftsführer